

## Report

# Strategien für Nahost: Was sollte der Strategische Kompass der EU leisten?

*Bei diesem Report handelt es sich um eine Zusammenfassung des abschließenden Summits im Rahmen des Strasbourg Forums vom 01. Juli 2021. Er behandelt die dort diskutierten außen- und sicherheitspolitischen Einschätzungen und Handlungsempfehlungen zur europäischen Politik gegenüber dem Nahen Osten.*

*Das Strasbourg Forum ist ein gemeinsam von ELNET Deutschland und ELNET Frankreich veranstaltetes Gesprächsformat, das deutschen und französischen Parlamentariern sowie weiteren Experten die Möglichkeit für einen vertieften politischen Austausch bietet. Mit drei virtuellen Roundtables und einem abschließenden Summit wird so die Möglichkeit für einen neuen deutsch-französischen Impuls für Europas Außen- und Sicherheitspolitik geschaffen.*

### **Neue Strategien für die europäische Nahostpolitik**

Der Nahe Osten steht vor dem Umbruch. In mancherlei Hinsicht sind die Entwicklungen der letzten zwölf Monate positiv zu bewerten. Mit dem Abraham-Abkommen, welches die Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), Bahrain, Marokko und Sudan umfasst, ist ein entscheidender Schritt zur Stabilisierung der Region getan. Gleichzeitig wurde damit der Grundstein für eine neue Sicherheitsarchitektur gelegt. Dabei stellen eine mögliche atomare Aufrüstung durch den Iran sowie die innenpolitische Destabilisierung ganzer Staaten durch iranische Proxykräfte eine zunehmende Bedrohung für den Nahen Osten dar.

In diesem Kontext bewegten sich die Diskussionen des Summits zum Strasbourg Forum, eingeleitet durch zwei Beiträge von Ursula Groden-Kranich MdB und Christophe Arend MP. Ursula Groden-Kranich betonte im Hinblick auf die vergangenen drei Round Tables, dass Europa seine Politik gegenüber dem Iran neu justieren müsse. Die Wahl Ebrahim Raisis habe gezeigt, dass die reaktionären Kräfte des Landes stärker werden. Eine differenzierte Auseinandersetzung mit der vom Iran ausgehenden Bedrohung sei notwendig. Die Wahl von Joe Biden würde einen notwendigen Schulterchluss zwischen Europa und den Vereinigten Staaten zudem erleichtern.

Christophe Arend schloss sich diesen Ausführungen an: Er betonte die Qualität des deutsch-französischen Austausches zur Außen- und Sicherheitspolitik, insbesondere auf parlamentarischer Ebene. Die Einbindung der jeweiligen Parlamente sei Teil eines Bottom-up-Ansatzes, ein wesentlicher Erfolgsfaktor, ohne den Frieden nicht erreicht werden könne. In Europa, wo lange eine Top-down-Politik dominierte, habe die deutsch-französische Versöhnung Zeit gebraucht. Wenn man heute die Erwartungen und Bedürfnisse der Menschen berücksichtige, sei es möglich, den Friedensprozess im Nahen Osten zu beschleunigen.

In zwei Impulsbeiträgen gaben der Regionaldirektor Naher Osten und Nordafrika des Auswärtigen Amtes, Botschafter Dr. Christian Buck, und sein französischer Amtskollege, Regionaldirektor Christophe Farnaud, Einschätzungen zur aktuellen Nahostpolitik.

Botschafter Buck betonte angesichts der Eskalation zwischen Israel und der Hamas im Mai 2021 die

Wichtigkeit des Dialogs in der Region. So sei das Format mit Ägypten und Jordanien ein wichtiger Impuls, den die französische und deutsche Nahostpolitik gemeinsam setzen würde. Ausdrücklich betonte er die deutsche Unterstützung für Israels Recht auf Selbstverteidigung und gab an, dass es für den Abschuss von rund 4.000 Raketen auf Israel durch die Hamas keinerlei Rechtfertigung gebe. Im Hinblick auf die Situation in Jerusalem sprach er sich für die Berücksichtigung des Status Quos aus und kritisierte den Ausbau israelischer Siedlungen.

Farnaud sah die europäische Politik in seinem Beitrag in der Pflicht, die regionalen Veränderungen im Nahen Osten aktiv mitzugestalten, statt sie lediglich passiv anzunehmen. Die Probleme im Zusammenhang mit dem Nahen Osten dürften nicht außer Acht gelassen werden. Der Nahe Osten sei eine wichtige strategische Region für Europa, nicht nur aufgrund ihrer geografischen Nähe, sondern auch wegen der von regionalen Kräften ausgehenden terroristischen Bedrohung. Auch das Thema Migration müsse berücksichtigt werden. In vielerlei Hinsicht spiele Europa mit seiner Nachbarschaftspolitik bereits eine aktivere Rolle als es vielfach wahrgenommen würde. Nicht zuletzt durch die Verfolgung einer in zwei Richtungen fordernden Vermittlungsrolle im Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern sei dies der Fall. Wie Buck sah er in dem als München- oder Amman-Gruppe bekannten Zusammenschluss eine wichtige europäische Initiative für den Nahen Osten.

### **Die iranische Herausforderung**

In der anschließenden Diskussion spielte die iranische Bedrohung eine herausgehobene Rolle. Farnaud unterstrich, dass sich die iranische Bedrohung nicht auf die Herstellung von Atomwaffen begrenze. Die destabilisierende Rolle pro-iranischer Kräfte in vielen Staaten der Region sei ebenso zu beachten. Ursula Groden-Kranich betonte ihrerseits, dass es neben der Berücksichtigung der iranischen Proxy-Strategie bei der Neuverhandlung eines Nuklearabkommens mit dem Iran außerdem wichtig sei, die Frage des iranischen Mittel- und Langstreckenprogramms in die Verhandlungen einzubeziehen.

Botschafter Buck betonte ebenfalls die Relevanz eines neuen Atomabkommens. Er fügte jedoch hinzu, dass man zum jetzigen Zeitpunkt nicht beurteilen könne, zu welchem Ergebnis die Verhandlungen in Wien kommen werden. Welche Veränderungen sich durch die neue Präsidentschaft im Iran ergeben würden, sei zudem noch nicht abzusehen. Faktisch seien die Möglichkeiten der Verhandlungen bis August äußerst eingeschränkt. Angesichts der Zeitfenster der Verfallsklauseln stelle sich je länger die Verhandlungen dauern jedoch die Frage nach dem Sinn und Zweck des Abkommens. Dies möge wie eine gute Nachricht für diejenigen klingen, die dem Abkommen skeptisch gegenüberstehen. Jedoch gebe es zum jetzigen Zeitpunkt keine ersichtliche Alternative zum JCPOA.

Im Rahmen der Diskussion wurde mehrfach angemerkt, dass langfristiges strategisches Denken notwendig sei. Es stelle sich die Frage, wie die Machtstrukturen im Nahe Osten zum Zeitpunkt des Ablaufs der letzten Auslaufklauseln im Jahre 2031 aussehen werden. Es bestehe die realistische Möglichkeit, dass der Iran zu dem Zeitpunkt eine Vormachtstellung vom Hindukusch bis zum Mittelmeer erlangt habe.

Botschafter Joshua Zarka, stellvertretender Generaldirektor für strategische Angelegenheiten des israelischen Außenministeriums, betonte, dass ein Nuklearabkommen mit dem Iran für die Stabilisierung des Nahen Ostens wichtig sei. Das bestehende JCPOA leiste dies jedoch nicht, da es die Problematik der nuklearen Aufrüstung nur um wenige Jahre verschiebe. In drei Jahren könne der Iran legal Raketen beschaffen und in vier Jahren legal Zentrifugen entwickeln. Dadurch würde sich außerdem die Break-out-Periode - die Zeit, die der Iran brauchen würde, um eine Atombombe zu produzieren - deutlich verkürzen. Darüber hinaus wäre es problematisch, wenn sich Teheran einem Abkommen widersetzen würde, das seine nuklearen Militärkapazitäten einschränkt.

Michael Herzog, Direktor des Forums of Strategic Dialogue, wies im Anschluss auf ein weiteres Problem des jetzigen JCPOA hin. Nach seiner Ansicht sei das Ziel des Abkommens, durch Beschränkungen zu

gewährleisten, dass der Iran auch nach Bruch des Abkommens mindestens ein Jahr für den erfolgreichen Bau einer Atombombe bräuchte, nicht ausreichend. Ein längerer Zeitraum für einen sogenannten „Breakout“ sei notwendig. Erschwerend komme hinzu, dass der Iran in der Zwischenzeit Zentrifugalanlagen gebaut habe, deren Rückbau nicht sichergestellt werden könne. Diese neuen Fakten könne die europäische Politik nicht ignorieren.

Ein weiterer Fokus galt dem auf Europa ausstrahlendem Terrorismus und der destabilisierenden Wirkung iranischer Proxykräfte im Nahen Osten, insbesondere der libanesischen Hisbollah. Hier führte die französische Abgeordnete Constance Le Grip an, dass Frankreich noch nicht alle möglichen Schritte gegenüber der Hisbollah ausgeschöpft habe, einschließlich eines Verbots des politischen Flügels der Organisation, und regte eine weitergehende Abstimmung der französischen und deutschen Libanonpolitik an. Die Abgeordnete fügte hinzu, dass dieses Thema angesichts der historischen Beziehungen, die Frankreich und der Libanon verbinde, vom französischen Ministerium für Europa und Auswärtige Angelegenheiten anders wahrgenommen werden könnte. Von offizieller französischer Seite merkte Farnaud zu diesem Punkt außerdem an, dass eine Unterscheidung zwischen einem politischen und einem militärischen Arm der Hisbollah weiterhin Sinn ergeben würde und die Mehrheit der europäischen Staaten so verfare. Dies wurde anschließend sowohl von deutscher als auch von israelischer Seite kritisiert.

### **Chancen für Europa und den Nahen Osten im neuen Jahrzehnt**

Die Diskussion konzentrierte sich neben dem Umgang mit dem Iran auch auf die positiven Impulse der jüngsten Zeit. Sowohl von französischer als auch von deutscher Seite wurde hier gefordert, dass die Zivilbevölkerungen der Regionen umfassender in politische Bemühungen für mehr Sicherheit im Nahen Osten einbezogen werden sollten. Insbesondere durch das Abraham-Abkommen ergäben sich viele

Möglichkeiten für eine gesellschaftliche Einbindung, so Botschafter Buck. Dazu stehe die deutsche und europäische Politik in einem intensiven Austausch mit den Zivilgesellschaften der Region. Auch Farnaud bezeichnete dies als ein wichtiges Engagement, merkte jedoch an, dass nicht wenige Staaten der Region solche Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure mitunter als innenpolitische Einmischung verstanden.

Mit Blick auf das Abraham-Abkommen betonte Groden-Kranich, dass sich der Wert der Normalisierungsprozesse auch während des jüngsten Konflikts zwischen Israel und der Hamas sowie dem Islamischen Dschihad gezeigt habe. Die Normalisierung der Beziehungen mit vier arabischen Staaten hat einen zusätzlichen regionalen Stabilitätsanker geschaffen, der in der Krise seine erste Belastungsprobe bestanden habe. Mit Blick auf die neue israelische Regierung erhoffe sie sich dazu neue Impulse für den Friedensprozess und drückte ihre Erwartung aus, dass auch in den Palästinensischen Gebieten eine demokratisch legitimierte Führung diesen Prozess mitgestalten könne. Auch Botschafter Buck drückte den Wunsch aus, dass eine gewählte palästinensische Regierung neben die israelische treten und so den Friedensprozess beleben könne.

Farnaud stellte seinerseits heraus, dass das Abraham-Abkommen nicht allein mit dem Vorgehen des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump in Verbindung gebracht werden sollte. Bei den Normalisierungsabkommen zwischen Israel und Bahrain, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Marokko und Sudan handele es sich um das Ergebnis einer tiefgreifenden Dynamik über einen viel längeren Zeitraum. Es handele sich hierbei um eine positive Entwicklung, die auch neue Möglichkeiten für den israelisch-palästinensischen Konflikt eröffne.

*Berlin, Juli 2021*

# Handlungsempfehlungen für eine europäische Nahostpolitik

1

## ... zum Umgang mit der Hisbollah

- ▶ Unterstützung eines Betätigungsverbots der Hisbollah in weiteren europäischen Ländern sowie auf EU-Ebene.
- ▶ Aufklärung über den Aufbau des Raketenarsenals der Hisbollah und die Verhinderung der Etablierung einer neuen Front im Libanon durch die libanesischen Miliz.
- ▶ Aufbau und Stärkung der UN-Friedensmission UNIFIL im südlichen Libanon.
- ▶ Unterstützung des Libanons bei der Stärkung seiner demokratischen Institutionen.

ROUND TABLE 1

2

## ... hinsichtlich regionaler und nuklearer Herausforderungen durch den Iran

- ▶ Differenzierte Auseinandersetzung mit der expansionistischen Politik des Iran sowie der davon ausgehenden Bedrohungen für die Region.
- ▶ Umfassende Eindämmung der militärischen Tätigkeiten iranischer Proxyorganisationen.
- ▶ Einbeziehung des iranischen Mittel- und Langstreckenraketenprogramms in die Verhandlungen.
- ▶ Einbindung aller regionalen Akteure in die Nuklearverhandlungen, um eine belastbare und nachhaltige Sicherheitsarchitektur für den Nahen Osten zu erarbeiten.
- ▶ Vollständige Wiederaufnahme der Kontrollen der iranischen Nuklearanlagen durch die Internationale Atomenergie-Organisation.

ROUND TABLE 2

3

## ... im Kontext des Abraham-Abkommens

- ▶ Anerkennung der neuen Realitäten im Nahen Osten, die durch das Abraham-Abkommen entstanden sind sowie ein entsprechendes Umdenken bei neuen strategischen Vorstößen.
- ▶ Definition einer europäischen Antwort auf das Abraham-Abkommen und daraus folgende Maßnahmen zur Förderung weiterer Friedensabkommen.
- ▶ Europäische Unterstützung bei der Schaffung einer belastbaren Sicherheitsarchitektur für den Nahen Osten.
- ▶ Aktive europäische Unterstützung der tiefergehenden wirtschaftlichen Kooperation und Integration der Region.

ROUND TABLE 3